

Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 6 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1074.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 Mk., Arbeitsmarkt 1 Mk. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten! Postcheckkonto Berlin 5388.

Inhalt: Der Streik in Nordbayern beendet. — Mehr Kohle für die Textilindustrie. — Aus Oberschlesien. — Rechtsanwältige als Generalbevollmächtigte vor den Schlichtungsausschüssen. — Der Konflikt in der Metallindustrie Italiens (I). — Betriebsrätekonferenz für den Gau 13. — Konferenz der Betriebsräte der Stoffhandelsindustrie. — Angestellte vor die Front! — Für die Betriebsräte. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Der Streik in Nordbayern beendet.

Einen langwierigen Tarifstreit haben die Kollegen Nordbayerns mit Erfolg beendet. Leider ist es nicht ohne Streik abgegangen. Seit März d. J. zogen sich die Verhandlungen hin. Da inzwischen die Krise auch in der Textilindustrie ihren Einzug hielt, war es den Kollegen nicht möglich, den Fabrikanten einen den wahren Sinn vertretenden Lebensverhältnissen entsprechenden Lohn abzutragen. So mußten die Textilarbeiter in Nordbayern 5 Monate lang mit einem wahren Hungerlohn ihr Dasein fristen. Dazu brachte die Krise mit sich, daß viele Kollegen und Kolleginnen, wochenweise ohne jeden Verdienst, auf die paar Mark Erwerbslosenunterstützung angewiesen waren. Die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen, war zwar das eifrigste Bestreben der Verbandsleitung, hatte jedoch leider nur geringen Erfolg. Vernerfenswert ist, daß der Geschäftsgang gerade auch in Nordbayern im Laufe des Frühjahrs immer mehr abflaute und schließlich einer schweren Krise Platz machte. Daß dies in Nordbayern, trotz der so sehr niedrigen Löhne möglich war, ist der beste Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung, der hohe Lohn unterbinde die Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Mit dem Sinken der Valuta gingen auch wieder neue Aufträge ein. Von der Gauleitung wurden daraufhin die Forderungen von neuem unterbreitet. Bei den Verhandlungen machten die Arbeitgeber zwar ein ansehnliches Angebot, das jedoch noch lange keinen Ausgleich des Rückstands der Löhne einerseits und der Forderung andererseits darstellte. An diesem geringen Entgegenkommen scheiterten die Verhandlungen. Zwar waren die Arbeiter nach der langen Arbeitslosigkeit froh, mal wieder Arbeit zu haben, doch folgten sie dem Rufe der Organisation, in den Streik einzutreten, um den Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, sofort. Mustergütlich wurde der Kampf in den Betrieben, deren Belegschaft als Stoßtrupp auszuweichen waren, geführt. Nur in Münchberg fanden sich Streikbrecher. Die Münchberger Arbeiter gelobten aber, die Schwärze in Zukunft wieder auszuweichen zu wollen, damit auch sie gleich ehrenvoll dastehen. Insgesamt standen in 8 Betrieben etwa 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik. In Hof streikten in einem Betrieb die Meister und sämtliche Mitglieder unseres Verbandes. Auch die Meister hatten den gleichen Weg wie die Arbeiter durchzumachen, woran die laue Haltung des Werkmeisterverbandes einen guten Teil Schuld trägt. In weiteren drei Hofer Betrieben streikten die Weber, in Münchberg die Aktienfärberei, in Erlangen und Bamberg die Arbeiterschaft der beiden dortigen Spinnereien und Webereien. In Bayreuth streikte die Abteilung Spinnerei der Mechanischen Baumwollspinnerei und -weberei Bayreuth.

Der Kampf bedeutet ein Ehrenblatt in der Geschichte der Arbeiterbewegung Nordbayerns. Einig und geschlossen traten die Kollegen und Kolleginnen in den Kampf, einig und geschlossen nahmen sie, als der Zweck erfüllt war, die Arbeit wieder auf. Besonders die Kolleginnen haben gezeigt, daß sie sich wohl bemüht waren, um was es sich handelte. In Münchberg waren es gerade die Arbeiterinnen, die am tapfersten aushielten — nur eine einzige ließ sich verleiten, Streikbrecherdienste zu leisten —, während dort aus den Reihen der männlichen Kollegen sich 65 Streikbrecher fanden. (Wer war es?) Dieser Kampf war um so ehrenvoller, als die Kollegen und Kolleginnen mit dem Bewußtsein in den Streik traten, nicht bloß für sich, sondern für die Textilarbeiter des ganzen Bezirkes, ja wahrscheinlich weit darüber hinaus, zu kämpfen. Die Arbeiter dürften aus diesem Kampf viel gelernt haben, aber auch den Arbeitgebern wird er eine Lehre sein und sie werden es das nächste Mal wohl nicht wieder auf das Äußerste ankommen lassen. Der neue Tarifvertrag, wie er aus den Verhandlungen hervorging, setzt in seinen Lohnhöhen nahezu die gleiche Höhe wie der in Südbayern. Die Lohnsteigerung beträgt in den einzelnen Kategorien 40 bis 106 Pf. pro Stunde. Ein Zeichen, wie tief der Lohn bisher stand.

Mehr Kohle für die Textilindustrie!

Dieser Ruf erschallt in einer Eingabe unseres Vorstandes an das Reichswirtschaftsministerium. Fortgesetzte Klagen aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen über unzureichende Belieferung der Textilindustrie mit Kohle haben ihn veranlaßt; wird doch von Unternehmenseite behauptet, es könnte für Textilarbeiter mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, wenn der Textilindustrie mehr Kohle zur Verfügung stände. Zwar wird in der Eingabe zugegeben, daß die Beschäftigungsmöglichkeit in der Textilindustrie eine gewisse Be-

grenzung finde in der Möglichkeit, Rohstoffe in ausreichender Menge zu beziehen, doch auch darauf, daß eben gerade darum durch ausreichende Belieferung mit Kohle die gegebene verringerte Produktionsmöglichkeit wenigstens voll ausgenutzt werden müsse. Einzelnen Zweigen unserer Industrie ständen übrigens Rohstoffe in genügender Menge zu Gebote, z. B. der Woll-, Baumwoll- und Futeispinnerei und -weberei, und es fehle da auch nicht an Aufträgen, die für die nächsten Monate eine regelmäßige, vielleicht auch stärkere Beschäftigung als bisher sichern würden, wenn das nicht durch Kohlenmangel verhindert würde. Die Eingabe weist aber auch darauf hin, daß die Textilindustrie nicht nur mehr Kohle bedarf zwecks Erhöhung der motorischen Kraft, sondern auch zwecks ausreichender Beheizung der Arbeitsräume — zur reiblosen Erfüllung des Produktionsprozesses, der notwendigerweise bei niedrigerer Temperatur infolge Einschränkung der Beweglichkeit der Arbeiter Störungen erfahren müsse; genügende Raumtemperatur sei eine der wichtigsten Vorbedingungen für den Produktionsprozeß in der Textilindustrie.

„Wenn wir“ — heißt es am Schluß der Eingabe — „auch die Schwierigkeiten bezüglich der Kohlenversorgung infolge des Spaer Abkommens voll und ganz würdigen,“ so dürfte die Textilindustrie in der Versorgungsliste doch nicht immer an letzter Stelle geführt werden; da die Textilarbeiterschaft seit 1914 mehr leiden und entbehren mußte als alle anderen Bevölkerungsklassen, sei es mehr als gerechtfertigt, wenn ihr durch Mehrabgabe von Kohle an ihre Arbeitsstätten nun auch Lohnender Erwerb gesichert werde, weshalb das Reichswirtschaftsministerium dringend gebeten werde, der Textilindustrie regelmäßigen ausreichenden Bezug von Kohle zu garantieren. — Wir wünschen der Eingabe vollen Erfolg.

Aus Oberschlesien.

Das für die deutsche Zukunft so wesentliche, für die industrielle Entwicklung Deutschlands mit seinen Kohlenlagern so notwendige Oberschlesien ist aus Anlaß des Friedensvertrages zum Schauplatz internationaler Kämpfe geworden. Nicht nur ein Ringen um die Landesangehörigkeit, sondern auch Kämpfe um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft wickeln sich ab, von denen das „schwarze Oberschlesien“ vor dem Kriege zumeist verschont war.

Der obereschlesische Arbeiter ist aufgewacht und hat sich mit in die Reihen der kämpfenden Gewerkschaftsgeoffenen gestellt, um im zähen Kampfe gegen das Unternehmertum des Daseins schwere Lasten zu erleichtern. Die Löhne der obereschlesischen Bedarbeiter stehen heute mit an erster Stelle ihres Berufes. Nicht so Erreichtes ist aus der Textilindustrie zu berichten. Nur wenige Großbetriebe, welche tarifliche Löhne zahlen und deren Arbeiterschaft noch nicht recht zu wissen scheint, daß es um ein besseres Erdenleben zu kämpfen gilt. Der Einfluß der Kräfte ist trotz der Aufklärung unter der Arbeiterschaft noch riesig groß, und die Drohung der Geißlichkeit, die Losprechung der Sünden nicht zu erteilen, wird noch von vielen durch Austritt aus der Gewerkschaft quittiert. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden auch in Oberschlesien bald dahinter kommen, daß das Pfaffen-tum im Dienste des Kapitalismus steht, und ihm die Gefolgschaft versagen.

Besonders drückend sind die Löhne der Heimarbeiter und der auf dem platten Lande gelegenen Betriebe. Als solche bestehen zumeist Strickereien, deren Inhaber durch ihre willigen Arbeiterinnen infolge deren Unkenntnis der richtigen Löhne sich zu wohlhabenden Leuten bereichert haben. Diesen Herren ist es nun ein Groll, daß ihre Bienen ebenfalls den Weg zur Organisation — und dazu noch einer freien Gewerkschaft — gefunden haben. Wo unsere Agitation bisher nicht eingeseht hatte, war die Not die Förderin der Gewerkschaft. Noch ungläublich rückständige Verhältnisse waren in dem Dorfe Lönichnik (O.-Schl.). War doch der Stundenlohn noch 40 Pf. im Januar d. J. bei neun- und zehnstündiger Arbeitszeit. Die Bewegung mußte denn auch sofort einsetzen. Die wenigen „sogenannten freiwilligen“ Zulagen der Arbeitgeber waren unbefriedigend, den Gewerkschaftsführern wurden befriedigende Lohnerhöhungen für die Arbeiterschaft nicht zugestanden in der Hoffnung, die Arbeiterinnen von der Gewerkschaft wieder abzubringen. Diese hielten aber an der Lohnbewegung fest.

Daß der Spruch des Schlichtungsausschusses den Strickereihabern trotz des immer noch niedrigen Lohnes von 1,60 Mk. pro Stunde nicht paßte, kann man ihnen in Anbetracht der bisher möglichen uneingeschränkten Ausbeutung leicht nachfühlen, und mit aller Schläubigkeit wurde versucht, die Arbeiterinnen durch unterschriftliche Anerkennung einer 50proz. Erhöhung der bisherigen Löhne zu ködern, um so den Spruch des Schlichtungsausschusses unwirksam zu machen. Als die Arbeiterschaft nach Beratung seitens der Organisation nicht darauf einging, wurde die Betriebsratsvorsitzende unter Anwendung von Täuschlichkeiten sofort entlassen. Zwecks Zurechtweisung der Maßregelung wurde die Arbeit niedergelegt, und nach zweitägigem Streik konnten die Arbeiterinnen den

vollen Erfolg buchen. Dem Spruche des Schlichtungsausschusses mußte aber erst Wirkung verschafft werden durch die Verbindlichkeitsklärung des Demobilisierungskommissars, welche über zwei Monate Zeit erforderte.

Wie in L. macht das Erwachen aus der Abhängigkeit des Kapitals und der Pfaffenherrschafft auch in den anderen Orten Oberschlesiens Fortschritte, wenn leider auch die herrschende Arbeitslosigkeit der Bewegung die Flügel lähmt. Wir dürfen aber hoffen, daß die Regiamkeit der Funktionäre weitere Erfolge für unsere Organisation zeitigt und so auch weiter der Erkenntnis Bahn bricht, daß Oberschlesien auch ferner zu Deutschland gehören muß, sollen die Verhältnisse der Arbeiterschaft sich weiter günstig entwickeln und denen der übrigen deutschen Arbeiterschaft nicht nachstehen. Deutschland bietet durch seine starke Gewerkschaftsbewegung die Garantie des Erfolges. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen Oberschlesiens, werbt für den Deutschen Textilarbeiterverband!

Rechtsanwälte als Generalbevollmächtigte vor den Schlichtungsausschüssen.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat in einem Schiedsstreit zwischen dem Zentralverband der Angestellten und der Firma Buchkamp-Berlin den mit genereller Prozeßvollmacht ausgestatteten Rechtsanwalt der Firma als Vertreter zurückgewiesen. Auf die seitens der Firma hiergegen angelegte Beschwerde erging an den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin unterm 16. 7. 20 ein Schreiben des Oberpräsidenten zur Bekanntgabe an sämtliche Beisitzer und Spruchkammern folgenden Inhalts:

„In dem Schiedsstreit des Zentralverbandes der Angestellten, F.-Gr. 9 C/54, gegen die Firma Fris Buchkamp, SW. 68, hat sich der Antragsteller dagegen gewandt, daß der Schlichtungsausschuß im Termin vom 26. Juni 1920 seinen Generalbevollmächtigten, Rechtsanwalt Dr. Feiertag, als seinen Vertreter zurückgewiesen habe mit der Begründung, er dürfe vor dem Schlichtungsausschuß nicht auftreten, da er Rechtsanwalt sei. Diese Stellungnahme des Schlichtungsausschusses erscheint nicht zutreffend. Rechtsanwalt Feiertag hat eine Generalvollmacht vorgelegt, die sich auf die Erledigung aller gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten des Antragstellers bezieht und die Befugnisse zu dessen Vertretung bei Gerichten, sonstigen Behörden und Privatpersonen begründet. Hiernach fällt Rechtsanwalt Feiertag unter die im § 23 Abs. 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 angeführten „allgemeinen“ Vertretern, so daß er zur Vertretung des Antragstellers vor dem Schlichtungsausschuß befugt war. Selbstverständlich kann daraus, daß ein allgemeiner Stellvertreter Rechtsanwalt ist, nicht sein Ausschuß von der Vertretung vor dem Schlichtungsausschuß hergeleitet werden.“

Die Interpretation des angezogenen § 23 Abs. 2 der Verordnung vom 23. 12. 18 von Seiten des Oberpräsidenten ist unrichtig. Die fragliche Bestimmung lautet:

„Eine Vertretung beteiligter Personen durch allgemeine Stellvertreter, Prokuristen oder Betriebsleiter sowie durch Vertreter wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern ist zulässig.“

Hieraus ergibt sich, daß die bevollmächtigte Parteivertretung an der Streitfache beteiligt sein muß. Der Prokurist, der Betriebsleiter einer Firma, gegen die sich der Verhandlungsantrag richtet, ist als beteiligt anzusehen und demnach als Parteivertreter vor dem Schlichtungsausschuß zulässig. Als beteiligt kann auch angesehen werden — bei Tarifstreitigkeiten, Streitigkeiten über Arbeitsordnungen oder Richtlinien, über Einstellung und Entlassung von Arbeitern, überhaupt allen Streitfragen, welche materiell zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vereinbart wurden — der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, wenn sich der Verhandlungsgegenstand gegen eine Firma richtet, welche dem von ihm vertretenen Verband angehört. In diesem Fall wäre der Beruf „Rechtsanwalt“ unerheblich für die Zulassung zur Vertretung vor dem Schlichtungsausschuß.

Wollte der Gesetzgeber die generelle Zulassung von Rechtsanwälten vor den Schlichtungsausschüssen, so hätte er dies durch Auslassung des Absatzes 2 vom § 23 viel einfacher bewirken können. Es ist aber nicht so, und deshalb ist die Auslegung dieser Bestimmung durch den Oberpräsidenten unrichtig. Das ergibt sich besonders klar aus dem § 31 des Gewerbegerichts-Gesetzes, welcher lautet:

„Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gerichten geschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor den Gewerbegerichten nicht zugelassen.“

Der Sinn des § 23 Abs. 2 geht dahin: Der Gesetzgeber wollte analog des § 31 des Gewerbegerichts-Gesetzes die geschäftsmäßigen Unterhändler im Schlichtungsverfahren ausschalten. Infolgedessen kann als allgemeiner Stellvertreter einer Partei nur eine Persönlichkeit in Betracht kommen, welche an der Verhandlungsmaterie interessiert oder mit einer

Partei verbunden ist. Ein Syndikus kann also für die Mitglieder seines Verbandes als Generalbevollmächtigter — mit der Einschränkung: „bei Tarifstreitigkeiten usw.“ — vor dem Schlichtungsausschuß auftreten.

Ein Rechtsanwalt, der zu Geschäftszwecken Gerichtsvertretungen übernimmt, ist vor dem Schlichtungsausschuß abzuweisen.

Wir bitten, das Gesagte in vorkommenden Fällen zu beachten. Unserer Auffassung wird, was wir nur nebenbei bemerken, auch an der kompetenten Reichsstelle beigetreten. Gegen solche Anklagen, wie die zitierte des Oberpräsidenten, muß nötigenfalls mit Beschwerde an die übergeordnete Stelle vorgegangen werden.

Der Konflikt in der Metallindustrie Italiens.

Die Bewegung, welche nun durch Einigung abgeschlossen ist, bietet soviel des Interessanten und Lehrreichen, daß es sich lohnt, sie in aller möglichen Kürze wenigstens noch nachträglich zur Darstellung zu bringen.

Der Konflikt spielte sich am 30. August scharf zu. An diesem Tage begannen die Arbeiter Mailands von den Fabriken und Schmelzhütten Besitz zu ergreifen und nahmen sie in eigene Verwaltung. Die durch die Industriellen proklamierte Absperrung blieb erfolglos, und in wenigen Tagen dehnte sich die Besetzung der Fabriken auf ganz Italien aus. Die Ingenieure und die technischen Leiter wurden in mehreren Orten gezwungen, auf dem Posten zu bleiben, damit die Produktion keine Unterbrechung erleide. Eine gemeinsame Kundgebung des Gewerkschaftsbundes, der offiziellen sozialistischen Partei, der Arbeitskammer und der Metallarbeitergewerkschaften drohte, für den Fall des Widerstandes der Industriellen oder des Bruchs der Neutralität der Regierung, die gewerkschaftliche Hilfe des Landes anzusuchen, zu dem Zweck, zur kollektiven Verwaltung und zur Sozialisierung der Produktion in allen Formen zu kommen.

Gegen den 10. September nahm die Bewegung einen ernsteren Charakter an. Man schritt zunächst in Mailand, dann in den anderen industriellen Zentren zur Besetzung auch anderer als Metallbearbeitungsbetriebe, und die Vertreter der Arbeiterorganisationen bestanden mehr auf die Forderungen politischer als auf denen ökonomischer Art. Doch die gemäßigte Zehre des Gewerkschaftsbundes, welche den Konflikt auf das streng gewerkschaftliche Gebiet beschränken wollte, errang am 11. September den Sieg über jene der offiziellen sozialistischen Partei, die die unmittelbare Revolution forderte.

Während der ersten Phasen des Obstruktionsismus und der Besetzung bewahrte die Regierung eine fast absolute Neutralität, indem sie sich darauf beschränkte, die Argumente der beiden in Konflikt befindlichen Parteien anzuhören und umfassende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung außerhalb der Betriebe zu treffen. Sie bemühte sich dann, durch Vermittlung der Präfecten von Mailand und Turin, die direkte Verbindung zwischen den Vertretern der Arbeiter und denen der Industriellen wieder herzustellen, nachdem sie von den letzteren die Zusicherung erhalten hatte, daß sie nicht auf der Forderung der Räumung der besetzten Fabriken (vor Eintritt in Verhandlungen) bestehen würden. Am 16. September intervenierte der Staatspräsident mit Giolitti persönlich in dem Konflikt. Er empfing in Turin die Führer des Industriellenverbandes und die des Gewerkschaftsbundes. Die Unternehmer akzeptierten den Grundsatz der Arbeiterkontrolle in den Betrieben, und Giolitti ernannte alsbald durch Erlass eine paritätische Kommission, die der Regierung konkrete Vorschläge für einen Gesetzentwurf in jenem Sinne unterbreiten sollte.

Die Verhandlungen zwischen den Metallarbeitern und den Industriellen wurden alsbald wieder aufgenommen in der Mailänder Präfectur, und eine Einigung über die ökonomischen Streitfragen schien damals sehr nahe zu sein.

Als Organisationen kamen auf Arbeiterseite in Frage: der italienische Metallarbeiterverband, der dem Gewerkschaftsbunde angeschlossen ist, die italienische Gewerkschaftsorganisation mit syndikalistisch-anarchistischen Tendenzen, die Nationalgewerkschaft der Metallarbeiter, mit katholischen Tendenzen, die italienische Vereinigung der Arbeit, mit republikanisch-reformistischen Tendenzen.

Die syndikalistisch-anarchistische Union hat sehr tätige Gruppen in Mailand, Vignone und Toskana (unter den Bergarbeitern). Der katholische Verband rekrutiert sich aus Metallarbeitern in der Provinz Bergamo und in den kleinen Industrien. Die Kräfte des republikanisch-reformistischen Verbandes sind unbedeutend, besonders in dem, was die Metallarbeiter betrifft. Die Bedeutung der letzten drei Organisationen ist der der ersten sehr untergeordnet. Und der Kampf wurde von dieser geführt, deren Generalsekretär der sozialistische Abgeordnete Bruno Buozzi ist.

Die Metallindustriellen sind in dem Landesverbande der mechanischen und Metallindustrie vereinigt.

Die erste Phase der Agitation für die späteren Arbeiterforderungen begann mit dem 18. Juni 1920, an welchem Tage den Unternehmern schon in einer Denkschrift Forderungen unterbreitet wurden, nach denen verlangt wurde: Vereinheitlichung der in Geltung befindlichen Entlohnungssysteme, Gleichstellung der Löhne und Tarife für die Stückarbeit, unter Beobachtung der besonderen Bedingungen der Industrien und der Lebenskosten in jedem Bezirk und in jeder Provinz, rationelles System der Teuerungszulagen nach Maßgabe der Lebensmittelpreise, Erhöhung der Löhne nach dem Stande der Lebenskosten. Für die Metallherzeugung und die Metallverarbeitung enthielt die Denkschrift zwei besondere Texte. Die Hauptforderungen waren in beiden Texten: Neueinteilung des Personals, Revision der Löhne, Revision der Tarife und der Löhne für die Streikarbeit, Prämien, Mindestlohn, Teuerungszulage, Ueber- und Nachtstunden, Arbeitsunterbrechung, Ferien, Entschädigung bei Entlassung, Arbeitsvermittlung, Arbeiterschutz, Arbeitstransport.

Die italienische Gewerkschaftsorganisation verlangte Minimallohne, die erheblich höher waren als die, welche vom italienischen Metallarbeiterverband gestellt waren, und für die Stückarbeit einen Zuschlag von 75 Proz. auf die Normallohne. Weiter eine Teuerungszulage von 5 Lire pro Tag für die Arbeiter und 3 Lire pro Tag für die Frauen und die Kinder, eine 44stündige Arbeitszeit unter Bezahlung von 48 Stunden u. a. m.

Der katholische Verband verlangte in seiner Denkschrift die Beteiligung der Arbeiter an dem Reingewinn, Revision der Löhne und ihre Gleichstellung in den miteinander verwandten Betrieben, Mindestlohne für jede Arbeiterkategorie nach den lokalen Bedürfnissen, Entschädigung der Vertrauensmänner, einen Minimalzuschlag von 40 Proz. auf die Grundlohne für die Stückarbeit, Teuerungszulage von 0,20 Lire pro Stunde für Männer und 0,15 Lire für die Frauen und die Lehrlinge, Schaffung von Arbeitsschulen und Zuwendung von 75 Lire pro Monat an jedes Kind, welches solche Schule besucht.

Die Denkschriften gaben Veranlassung zu Verhandlungen, welche am 15. Juli in Mailand begannen. Die Unternehmer erklärten zunächst, sie wünschten, daß die Arbeiterorganisationen sich untereinander verständigten. Nach einem Meinungsaustausch entschied man, daß jede der Organisationen ihre Denkschrift gesondert mit den Vertretern des Unternehmerverbandes diskutieren sollte, doch daß die Arbeitervertreter gemeinsam der Darlegung und der Erklärung der Bedingungen der Industrie und der Unternehmer beizuhelfen sollten, welcher Vorgang sich zunächst abspielen sollte. Nachdem diese Darstellung vollendet war, erklärten die Unternehmer durch Beschluß, daß die Industrie die Last einer neuen Lohnerhöhung nicht würde tragen können. In einer Kundgebung vom 22. Juli behaupteten die Unternehmer, die Industrie sei nicht in der Lage Konzessionen zu machen, und die Arbeiter könnten nicht das Gegenteil beweisen.

Betriebsrätekonferenz für den Gau 13.

Die Konferenz wurde am 12. und 13. Oktober in Magdeburg abgehalten. Anwesend waren 76 Betriebsratsmitglieder, 53 männliche, 23 weibliche, 1 Vertreter des Zentralvorstandes, 1 Vertreter der Betriebsrätezentrale, 1 Redakteur, 3 Vertreter vom Gau, 9 Geschäftsführer. Die Tagesordnung lautete: 1. Pflichten und Rechte der Betriebsräte nach dem Betriebsrätegesetz. 2. Die Organisation der Betriebsräte. Zum 1. Punkt sprach Schulz-Berlin (Betriebsrätezentrale unseres Verbandes), zum 2. Punkt Kogke-Berlin (Gardeitung). Die Diskussion war über beide Tagesordnungspunkte sehr lebhaft und ausgiebig. Gegen fünf Stimmen wurde folgende Entschliessung angenommen:

„In der Erkenntnis, daß der Kampf um die Erhaltung der wirtschaftlichen und politischen Macht seitens des vereinten Unternehmertums mit größter Anstrengung geführt wird, ist die erste Gaubetriebsrätekonferenz des Gau's Berlin der Ueberzeugung, daß nur die einige und geschlossene Macht der organisierten Arbeiterschaft in der Lage ist, jene Macht erfolgreich zu bekämpfen und einen den Interessen der Arbeiterschaft dienenden weiteren Ausbau politischer und wirtschaftlicher Rechte zu erringen. Aus diesem Grunde lehnt die Konferenz alle Bestrebungen zur Bildung außerhalb der Gewerkschaft stehender Betriebsräte-Organisationen ab und stellt sich auf den Boden der Beschlüsse der Generalkonferenz in Blauen, des Betriebsrätekonferenzen in Leipzig, der vom Beirat unserer Organisation beschlossenen Richtlinien und der des ersten Deutschen Betriebsräte-Kongresses in Berlin.

Die Konferenz erblickt in den vom revolutionären Klassenkampfgedanken erfüllten Gewerkschafts-Organisationen die zur Eroberung der politischen Macht und der endgültigen Ueberführung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische berufenen proletarischen Organe.“

Konferenz der Betriebsräte der Stoffhandschuhindustrie.

Am Montag, den 17. Oktober, fand in Hartmannsdorf bei Limbach i. Sa. eine Konferenz statt, die nach einem Referat des Kollegen Seyfert von der Gauleitung in Dresden und ausgiebiger Aussprache folgende Entschliessung einstimmig annahm:

„Die heute, am 17. Oktober 1920, im Gasthaus „Stadt Chemnitz“, Hartmannsdorf, versammelten Betriebsräte der Stoffhandschuhbranche des Industriebezirks Limbach, Burgstädt, Chemnitz, Sobenstein-G. und Callenberg bei Waldenburg protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die vom Verband der Stoffhandschuhfabrikanten e. V. Limbach und Umg. beabsichtigte Lohnreduzierung. Sie erklären vielmehr, daß sie im Laufe der nächsten Tage sofort vortrefflich werden wollen, um den einzelnen Fabrikanten erneut Forderungen vorzulegen und diese auch mit allen Mitteln durchzusetzen zu versuchen wollen. Gleichzeitig erklären die anwesenden Betriebsratsmitglieder, daß sie mit der Taktik und dem Vorgehen unserer Verhandlungskommission einverstanden sind.“ — Nach einem anfeuernden Schlußwort des Kollegen Seyfert wurde die erregend verlaufene und vom besten Geiste getragene Konferenz geschlossen.

Angestellte vor die Front!

Kollegen! Kolleginnen!

Unter den furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges sind die Massen der Angestellten aus einem Traumzustand patriarchalischer Wirtschaftsauffassungen zur tieferen Erkenntnis ihrer Klassenlage erwacht. Taufende unserer Berufsgenossen, die irreguliert waren, wandten sich von den Harmonieverbänden ab und eilten in hellen Scharen den freien Gewerkschaften zu. Das gewaltige Erstarren unserer Afa-Bewegung ist der lebendige Ausdruck für den entschiedenen Willen der Kollegenschaft, die Angestelltenbewegung aus den Schranken enghirniger Berufs- und Standespolitik herauszuziehen und sie zum wichtigsten Faktor in den herangereiften großen

Entscheidungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit zu machen.

Eure Gewerkschaften werden der ihnen gestellten großen Aufgabe aber nur gerecht werden können, wenn die Angestellten in den Betrieben bereit sind, selbst an der Umgestaltung der heutigen rein privatkapitalistisch gerichteten Wirtschaft zu einer höheren sozialen Ordnung mitzuwirken. Es darf deshalb nicht genügen, gegenüber der nachstehenden

Arbeitslosigkeit und Teuerung

Unterstützungen und Lohnerhöhungen zu fordern. So wichtig es auch sein muß, die Angestellten gegen die Not und das Elend, wie sie durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen werden, zu schützen, so darf doch nicht vergessen werden, daß wir gleichzeitig gegen ein chronisches Uebel, nämlich

gegen die kapitalistische Gewinnwirtschaft anzukämpfen und die geistige Vorbereitung für ihre Ablösung in eine für und durch die Gesellschaft betriebene Bedarfswirtschaft zu treffen haben. Der Weg aus dem heutigen kapitalistischen Chaos zum Sozialismus führt über die

Kontrolle der Produktion.

Die Betriebsräte, denen unsere Afa von Anfang an diese Aufgabe zugewiesen hatte, müssen in die Zusammenhänge der heutigen Warenerzeugung und -verteilung eindringen. Ihre Erfahrungen in einzelnen Betrieben bilden die Grundlage zum Meinungsaustausch in den Industriegruppen, um das gemeinlichliche Treiben weiter Unternehmerränge mit Tatsachenmaterial belegen zu können. Es ist bezeichnend für den Grad der bereits eingetretenen Unternehmerränge, daß jetzt sogar das Reichswirtschaftsministerium dazu übergeben muß, die Entscheidung über

die Stilllegung von Betrieben

von der vorherigen Prüfung durch Sachverständigenausschüsse unter Hinzuziehung von Arbeitnehmervertretern abhängig zu machen.

Wenn diese Prüfung lediglich nach allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen soll, dann wären aber in erster Linie die Betriebsräte und ihre in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften geschaffenen Industriegruppen die berufenen Entscheidungsstellen. Man soll der organisierten Arbeiterschaft erst einmal die Möglichkeit geben, in die Geschäftsgeheimnisse, d. h. die Privatgeheimnisse der kapitalistischen Betriebe hineinzuleuchten, um eine wahrhaft produktive Erwerbslosenfürsorge, d. h. die Erschließung von gesteigerter Arbeitsgelegenheit, zu schaffen. Der Einblick der Betriebsräte in die Produktion ist durch die verkaufelten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und den organisierten Widerstand des Unternehmertums aus äußerster Erschwern. Es kann in jedem Falle nur erzielt werden durch die

allseitige Mitwirkung der Angestellten.

Die scharf durchgeführte Arbeitsteilung macht es freilich auch den Angestellten schwer, den Ueberblick über die gesamten Geschäftsborgänge zu gewinnen. Der Buchhalter, der Kassator, der Werkmeister, der Konstrukteur, der Expedient, der Verkäufer und all die übrigen Angestellten müssen sich indes bemühen, daß sie zwar vom Unternehmer zum mechanischen Teilarbeiter bestimmt sind, aber gleichzeitig als Kämpfer der gesamten aufstrebenden Arbeitnehmerschaft die Pflicht haben, aus ihrer täglichen beruflichen Kleinarbeit Material zu sammeln und Schlüsse zu ziehen.

Die Angestellten sind in der Lage, dem Betriebsrat Aufschlüsse über die Roh- und Hilfsstoffversorgung und über die Abfallverhältnisse zu geben. Der Betriebsrat wird seiner wirtschaftlichen Aufgabe nur gerecht werden können, wenn die Angestellten, die von den laufenden Abflüssen und Verbindlichkeiten nähere Kenntnis haben, ihm beratend zur Seite stehen. Auch die einfachste Tätigkeit wird zur Erfassung der Geschäftszusammenhänge wichtig.

So gibt es keinen Angestellten, der nicht berufen wäre, an dem großen Werke mitzuwirken. Darum begreift

die historische Mission der Angestellten

und stellt Euch den Betriebsräten zur Verfügung. Wir verkennen nicht, daß das hier notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Angestellten und Arbeitern heute noch Störungen erfährt, weil ein Teil der Arbeiter über die organisatorische Zusammensetzung der Betriebsräte einen von unserer Auffassung abweichenden Standpunkt einnimmt. Diese Organisationsfragen der Betriebsräte dürfen aber auf keinen Fall zur Trennung von Angestellten und Arbeitern in den Betrieben führen. Die

solidarische Aktionsfähigkeit der Angestellten und Arbeiter

steht über allen Organisationserwägungen. Kollegen, Kolleginnen! Denkt über den Tag und eure eigene Not hinaus, denkt daran, daß der Kapitalismus die Begabung des Stroharbeiters stets nur gekauft hat, um damit einen eignüßigen Menschenhandel zu treiben. Der Sozialismus allein sichert dem wirklich Begabten die führende Stelle im Wirtschaftsleben, er wird die Güter vermehren und verbessern.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

Der Vorstand.
Aufhäuser, Urban.

Für die Betriebsräte.

Lebensmittelangebote an die Betriebsräte.

In vielen Betrieben haben die Betriebsräte dem Drängen eines Teiles der Arbeiter nachgegeben und sich für die Beschaffung billiger Lebensmittel eingesetzt. Wir warnen die Betriebsräte vor derartigen Manipulationen. Diese zuerst im Kleinen geübte Praxis nimmt allmählich einen Umfang an, der zum Nachdenken auffordert. Die Betriebsräte erhalten mit der Tagespost eine Menge schriftliche Lebensmittelangebote. Außerdem überschwemmen Scharen von Reisenden die Betriebsräte und Werkleitungen.

Die Betriebsräte sind keine Lebensmittelhändler, sondern Arbeitervertreter. Ihre Aufgabe besteht nicht darin, Waren und Lebensmittel zu vermitteln oder Lieferungsverträge mit Handelsreisenden über Schokolade, Keks, amerikanisches Fett, Speck, Mehl usw. abzuschließen, sondern dafür zu sorgen, daß die Arbeitsverträge eingehalten und durchgeführt werden. Das Arbeitsgebiet der Betriebsräte ist ein so großes und mannigfaltiges, daß sie sich nicht noch mit Dingen belasten sollten, die außerhalb ihres Aufgabengebietes liegen. Die Reisenden verstehen es ausgezeichnet, den Betriebsräten einen Posten Waren aufzubringen, bei denen es sich meist darum handelt, sie möglichst rasch an den Mann zu bringen, da voraussichtlich ein Preissturz zu erwarten oder die Ware durch sehr langes Lagern dem Verderben nahe ist. Meist handelt es sich um minderwertige Ware.

In jedem Falle ist äußerste Vorsicht notwendig und Mißtrauen geboten. Abgesehen von der Gefahr der Korruption, die ein derartiges Gebaren in sich birgt, schädigen alle Fälle, in denen die Betriebsräte und nicht zuletzt die Belegschaft angelehnt werden, das persönliche Ansehen des betreffenden Betriebsrates auf das schwerste. Außerdem liegt der Verdacht nahe, daß gewisse Kreise lebhaft daran interessiert sind, den Konjunktionschwächen Abbruch zu tun und eine Zerspaltung des Genossenschaftswesens herbeizuführen.

Wenigstens verhält es sich mit den Lebensmittelangeboten der Unternehmer. Auch hier ist Mißtrauen am Platze. Hinter dem sozialen Verständnis der Unternehmer verbirgt sich immer eine bestimmte Absicht, man glaubt in diesen Kreisen zweifellos, auf diesem Wege dem Lohnabbau näher zu kommen.

Jedenfalls wollen wir die Betriebsräte gewarnt haben. Es wird gegenwärtig jedes Mittel angewendet, um die Aufmerksamkeit der Betriebsräte von ihren Aufgaben abzulenken.

Aus den Gewerkschaften.

W. Koch, 45 Jahre Redakteur des „Schuhmacher-Fachblattes“, trat, 75 Jahre alt, infolge Ueberfiedlung des Fachblattes von Gotha nach Nürnberg, von seinem Posten zurück.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 2 866 012, davon 666 392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7 338 123 (1 612 636 weibliche).

Einkommen wurden für Eintrittsgelder 2 867 289 Mark, Verbandsbeiträge 185 954 818 Mk., örtliche Beiträge 43 098 827 Mk., Ertragsbeiträge 595 722 Mk., von arbeitenden Mitgliedern in Streikorten 57 181 Mk., Zinsen 4 063 461 Mk., sonstige Einnahmen 10 669 516 Mk.

Delegation zum Internationalen Gewerkschaftskongress.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wählte in seiner Sitzung vom 4. Oktober zu Delegationen Baepfen (Bauarbeiterverband), Schmidt (Landarbeiterverband), Seitz (Buchdruckerverband), Simon (Schuhmacherverband), Scheffel (Eisenbahnerverband), Ditzmann (Metallarbeiterverband) und Sue (Bergarbeiterverband).

Aus der Textilindustrie.

Die Textilindustrie in Thüringen ist, wie wir selber schon berichteten, gut beschäftigt. Wie der „Tag“ (schwarz) neulich berichtete, ist das Geschäft jetzt so flott, daß sich schon ein Mangel an gelernten Arbeitern bemerkbar macht.

Die Löhne in der Schweizer Textilindustrie. Nach Erhebungen des Schweizer Textilarbeiterverbandes von Februar und März d. J. werden folgende Durchschnittslöhne in der Schweizer Baumwollspinnerei gezahlt: Für Arbeiter 0,86 Fr., Arbeiterinnen 0,79 Fr., Aufstecker 0,63 Fr., Aufsteckerinnen 0,65 Fr., Banc à Broches-Arbeiterinnen 0,83 Fr., Doppelkrienerinnen 0,69 Fr., Droßlerinnen 0,83 Fr., Einlegerinnen 0,82 Fr., Fächlerinnen 0,67 Fr., Feger 1,01 Fr., Handwerker 1,27 Fr., Heizer 1,27 Fr., Halplerinnen 0,79 Fr., Hilfsarbeiter 0,92 Fr., Hilfsarbeiterinnen 0,73 Fr., Kardier 0,93 Fr., Kardierinnen 1,14 Fr., Samenierinnen 0,77 Fr., Magaziner 1,12 Fr., Meister 1,15 Fr., Doler 0,98 Fr., Wacker 1,11 Fr., Wackerinnen 0,64 Fr., Wager 0,71 Fr., Wagerinnen 0,73 Fr., Spinner 1,20 Fr., Spinnerinnen 0,79 Fr., Spulerrinnen 0,82 Fr., Zwirnerinnen 0,79 Fr.

Krise in der Textilindustrie in Roubaix-Tourcoing. Die Wollweber des Bezirks haben Versammlungen abgehalten, um die Lage zu prüfen und Maßnahmen zu besprechen, welche der Krise ein Ende machen könnten.

Die blühende französische Seidenindustrie. Im laufenden Jahre wurden in den sieben ersten Monaten aus Frankreich für 1 176 373 000 Fr. Seidenwaren exportiert gegen 706 1/2 Millionen für 1919 und 286 Millionen für 1918.

Soziale Rundschau.

Das Internationale Arbeitsamt.

Direktor Thomas vom Internationalen Arbeitsamt in Genf sprach am Montag, 19. Oktober, im Herrenhause in Berlin über die Einrichtung und die Aufgaben des Amtes, da-

bei die Unterstützung der gesamten Arbeiterwelt und ihr Vertrauen zu dem Amt erheischend. — In der Aussprache wurden dem Amt eine Reihe wichtiger Aufgaben zur Bewältigung überwiesen.

Das Existenzminimum im September 1920.

Von Dr. R. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren im September ungefähr ebenso hoch wie im August.

Die rationierten Nahrungsmittel waren im Berichtsmontat wieder sehr teuer. In Groß-Berlin z. B. kosteten Brot, Zucker und Milch neunmal soviel als vor sieben Jahren, Kartoffeln und Butter 14mal soviel, Schmalz 22mal soviel.

Table with 3 columns: Item, Preis September 1920, Preis September 1913. Items include Brot, Nährmittel, Kartoffeln, Fleisch, Butter, Schmalz, Zucker, and Kunsthonig.

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 93,57 Mark zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,50 Mark kaufen.

Berichte aus Fachkreisen.

Apolba. Die für Donnerstag, den 30. September, nach der „Weintraube“ einberufene Mitgliederversammlung war gut besucht. Unter den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm die nochmalige Stellungnahme zum Heberstundenwesen den Hauptplatz ein.

Berlin. Am 28. September fand hier eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Dritte Internationale, 2. Diskussion, 3. Bericht über den Eintritt in die Tagesordnung wird vom Kollegen Drecher der Antrag gestellt, 45 Minuten als Redezeit festzusetzen.

Chemnitz. Wie Unternehmer Arbeiterrechte und Schiedsprüche achten, scheint der Mitinhaber der Firma Franz Wollsch. in Chemnitz, Bernsdorfer Str. 35, Herr Hebert, zeigen zu wollen.

Chemnitz. Arbeitslos. In dem Fachnachweis für Textilarbeiter des Arbeitsamtes in Chemnitz hörte ich am 4. Oktober d. J. folgendes kurze Gespräch zwischen dem Beamten und einem Arbeitslosen mit an.

mal hingehen und mal leben, ob ich anfangen kann.“ — Kollegen und Kolleginnen, ist solche in unserer revolutionären Zeit noch möglich. Leider ja, ich war ja Ohrenzeuge dessen. Gewiß ist es fürchtbar, in jetziger Zeit erwerbslos zu sein und mit dem Almosen von Erwerbslosenunterstützung Frau und Kinder zu ernähren.

Unterschied i. Breisgau. Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung am Dienstag, den 28. September, wurde zu einer scharfen Anklage gegen alle, die in der Hochhaltung des Achtstundentages nicht die gemischte Energie entfalten, sei es als Arbeiter oder als Arbeiterführer, und sich gar zu leicht auf das Unternehmerverhalten, Heberzeitarbeit zu leisten, einlassen.

Köln. Wieder feiert einer unserer alten Kollegen das Fest des 25jährigen Verbandsjubiläums; nach unserem Kollegen J. Sachinger ist es Kollege Sidor Bollag, der am 19. Oktober 1895 unseren ersten Verband beirat.

Waldow i. Mecklb. Am 27. August hielt die hiesige Ortsverwaltung im Schulsaal die übliche Monatsversammlung ab. Der Besuch ließ wie immer viel zu wünschen übrig.

Mylau-Neißgau. Am 9. Oktober hielt die hiesige Filiale im „Bergschützen“ zu Mylau ihre Quartalsversammlung ab. Der Geschäftsführer, Kollege Schirmer, gab den Geschäfts- und Kassenbericht.

Neugersdorf. Am Sonntag, den 10. Oktober, fand hier im Restaurant zum Rühlbaum eine Betriebsrätekonferenz der hiesigen Filiale statt. Vertreter waren 40 Betriebe durch 125 Vertreter.

Neurode. Am Mittwoch, den 18. Oktober, tagte im Gasthof „Zum Schlüssel“ in Rungenbors eine Mitgliederversammlung; diese war reich besucht.

Neurode. Am Mittwoch, den 18. Oktober, tagte im Gasthof „Zum Schlüssel“ in Rungenbors eine Mitgliederversammlung; diese war reich besucht. Eine recht reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen.

Neurode. Am Mittwoch, den 18. Oktober, tagte im Gasthof „Zum Schlüssel“ in Rungenbors eine Mitgliederversammlung; diese war reich besucht. Eine recht reichhaltige Tagesordnung war zu erledigen.

fall folgte der Ausführung. Kollege Sommer ergänzte den Bericht und hob die gute Mitwirkung der Zentralvorstandsmitglieder Feinholz und Schrader bei den Verhandlungen besonders hervor. Der Votanzuschlag wurde nach Begründung des Kollegen Sahn und kurzer Aussprache einstimmig auf 50 Pf. festgesetzt. Unter Verschiedenes gab der Kassierer Kollege Sahn noch die Quartalsabrechnung vom 3. Quartier bekannt. Die Revisionen erstatteten Bericht, und es wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Sahn erläuterte im weiteren noch die Unterstützungssätze, welche am 1. Oktober in Kraft traten und machte die Mitglieder auf das Statut aufmerksam, wonach jeder einen Stundenverdienst als Beitragsleistung entrichten müsse. Der Votanzuschlag darf hingegen nicht eingerechnet werden. Man soll nicht wöchentlich einige Pfennige an Beitrag sparen wollen, denn auch dieses ist Trug, es würde doch bei eventueller Krankheit dem Mitgliede täglich sieben Pfennige dann an Unterstützung weniger gezahlt. — Am 18. November werde wir unser Herbstversammlungen abhalten.

Nordhorn. Bildungsarbeit. Nach dem Zusammenbruch des Krieges zeigte sich impulsiv in der breiten Masse der gesamten Arbeiterklasse der Drang nach Organisation. Wurde der Anschluss an die politischen Parteien nicht so schnell und leicht gefunden, war doch der Anhang zu den gewerkschaftlichen Organisationen ein ganz gewaltiger, so daß man seine kelle Freude daran haben konnte. In Gegenden, wo in der Vorkriegszeit der Organisationsgedanke fast unmöglich Eingang finden konnte, entstanden mächtige, geschlossene Gewerkschaften. Das gilt insbesondere von den der holländischen Grenze entlang liegenden Orten mit ausgedehnter Textilindustrie. Vorher war die gewerkschaftliche Schulung gleich Null. Das hatte seine Ursache in dem mangelnden Zugang organisatorisch talentierter Kräfte. Der Bedarf an neuen Arbeitskräften wurde in der Hauptsache aus den rein ländlichen Gegenden befriedigt, denen Organisationen noch völlig fremd waren. Ebenso war ein ziemlicher Bezug der sich schnell entwickelnden Industrie aus dem benachbarten Holland gesichert. Wie allgemein bei Grenzdistrikten, war der Stand der Bildung auch hier kein besonders günstiger. Bei einer solchen bunt zusammengewürfelten Arbeiterklasse war es dem Unternehmertum ein leichtes, alle Elemente, die irgendwie agitatorische Tätigkeit entfalteten, außerhalb ihrer Betriebe zu setzen. Im Kriege wurden die Menschen bunt durcheinandergeworfen. Leute aus allen deutschen Gauen und mit den mannigfaltigsten Anschauungen mußten zusammen leben, was zur Folge hatte, daß der Gesichtskreis der einzelnen bedeutend erweitert wurde. Die neuen Gedankengänge bewegten sich noch nicht in einer bestimmten Richtung. Erst der Zusammenbruch und die aus demselben entstandene Not drängten auf Abhilfe; man schloß sich den Berufsverbänden an, in denen die ehemals so verpönten Sozialdemokraten die Führung übernommen hatten. Diese hatten schon seit langem die Lehre von der Befreiung der Menschheit aus dem Joch des Kapitalismus verkündet; die mußten nun auch recht bald imstande sein, alle Not und alles Ungemach zu bannen. Wir sahen die Massen gern kommen, aber klar waren wir uns auch darüber, daß diese so plötzlich an uns herangetretenen Massen Forderungen stellten, deren Erfüllung zunächst noch außerhalb unseres Machtbereichs lag. Leicht war es den Revolutionären mit den 8 H. Hoffnungen und Leidenschaften zu erwecken. Anstatt die unerfüllte Sehnsucht nach besserem Dasein in die richtigen Bahnen zu lenken, erweckten jene Heißverführer immer neue Illusionen. Es war ja so leicht, gläubige Seelen zu finden. Aber ein Gutes hat ihr Wirken doch gezeitigt: den Datschdrang. Und mit der Zeit wurden auch die Fehler und Lücken immer mehr offenbar. Das Gefühl der Unwissenheit wurde an jedem Verhandlungspunkt klar offengelegt. So trumpt die Parole ab. Der Drang nach mehr Wissen wurde geweckt. Es wurde klar, daß der Kapitalismus nicht mit Schlagworten zu bezwingen ist, sondern nur dann, wenn die Arbeiterklasse das notwendige politische, wirtschaftliche Wissen hat, das erforderlich ist, um wirklich die Führung der Gesellschaft übernehmen zu können. Ein großer Stamm von Wissenern, Könnern und Denkern muß aus der breiten Masse hervorgehen. Diese werden in der Lage sein, alle ungerichteten Bestrebungen, deren Durchführung eine Unmöglichkeit ist, hintanzuhalten oder sie doch in die richtigen Bahnen zu lenken. — In Nordhorn, wo bisher an eine allgemeine gewerkschaftliche Schulung noch nicht zu denken war, hat der Kollege Köhler nunmehr die dankbare Aufgabe übernommen und einen Kursus für Betriebsräte und deren Nachwuchs für den ganzen Winter eingerichtet. Die Durchführung wurde insofern erleichtert, als die Schulbehörde das weiteste Entgegenkommen zeigte und den Experimentierkurs der Altdorfer Schule zu diesen Zwecken zur Verfügung stellte. Ebenso werden uns die vorhandenen Lehnmittel zum Gebrauch überlassen. Als Lehrgänger sind vorgesehen: Allgemeine Organisationslehre, Volkswirtschaft und soziale Betriebslehre. Die Unterrichtsstunden, welche jeden Donnerstag von abends 8 bis 10 Uhr stattfinden, begannen am 7. Oktober. Der Erfolg des ersten Vortragsabends war ein durchschlagender. Das Interesse war ungemein geweckt, so daß eine vielversprechende Winterarbeit zu erwarten ist. Immer noch gilt das Wort, daß der alte Viehwech dem Proletariat so eindringlich zurief: Wissen ist Macht!

Offenburg i. Baden. Am Sonntag, den 3. Oktober, fand in Elgersweier unsere vierteljährliche Filialversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kollege Kreidler berichtete von der Konferenz in Stuttgart, wobei er das wucherische Ausbeutungssystem der Textilunternehmer scharf unter die Lupe nahm. Im allgemeinen wurde bedauert, daß die Delegierten von der Konferenz etwas zu spät mit den Textilbayern umgegangen sind, denn in der heutigen Zeit, der Zeit der harten Teuerung, hätte man sich allenfalls auf 50 Proz. und nicht auf 25 Proz. Lohnzuschlag einigen sollen. — Die glänzend verlaufene Versammlung wurde mit dem Gelöbniß, fest und treu zur Organisation zu stehen, geschlossen.

Rein. Der Lohn im Betriebe der Spinnerei Amerika ist gering, die Arbeiterzahl um ein Drittel reduziert. Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit stark sich geltend macht und sich hier ein Geist zeigt, den man hier nicht gewohnt ist. In allen Abteilungen des Betriebes zittert, raunt, schimpft es. Wird der Vulkan zum Ausbruch kommen? Geht es so, so braucht es nicht zu überraschen. Die in der Textilhochschule in Reutlingen gelehrteten Systeme werden hier in kapitalistischem Sinne in ausgemähtester Form zur Anwendung gebracht. Spinn- und Zwirnmaschinen werden bis auf die höchste Tourenzahl durch Motor und Wechselräder ausgenutzt, dazu noch eine Anzahl anderer Maschinen, ungeachtet dessen, ob die daran beschäftigten Personen auch in der Lage sind, die Tätigkeit ihrer Maschinen genügend übersehen zu können, und ob die Festigkeit der Maschinen standhalten kann. Mag es immer zum Teufel gehen, wenn nur dabei der kapitalistische Profit auf die höchste gesteigert wird. Die Reduzierung der Zahl der Arbeiter darf nicht etwa die Produktion verringern lassen, sondern diese soll möglichst noch gesteigert werden. Ob die Arbeiter noch lange mitmachen werden, steht in Frage; wir glauben, daß der Vulkan kurz vor seinem Ausbruch steht.

Reichenbach i. B. Am Freitag, den 8. Oktober, fand in der „Lokalhalle“ eine Textilarbeiterversammlung statt, die den Kassen- und Geschäftsbericht und den Bericht der Revision entgegennahm. Der Bericht vom Betriebsratengreß in Berlin mußte wegen verspäteter Rückkehr des Delegierten vertagt werden. — Im letzten Vierteljahr wurden wiederum fünf Mitglieder durch Tod von uns getrennt. Die Ehrung derselben erfolgte in üblicher Weise. In ausführlicher Darlegung erläuterte der Geschäftsführer Kollege Sahn, den gedruckt vorliegenden Kassen- und Geschäftsbericht vom 3. Vierteljahr. Anfolge der wirtschaftlichen Krise ist ein kleiner Rückgang von Mitgliedern zu verzeichnen, der aber in gegenwärtiger Wiederbelebung der Industrie bald ausgeglichen sein wird.

Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse sind 119 077,07 Mark, für die Lokalkasse 102 775,41 Mk. Die Unterstützungsbeträge betragen insgesamt 33 269,70 Mk. Der Redner bespricht noch die ab 1. Oktober gültigen höheren Unterstützungssätze. — Den Revisionsbericht erstattete Kollege Arnold, wonach den Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. In der Diskussion hierüber kam zum Ausdruck, daß die Beiträge entsprechend den verdienten Stundenlöhnen bezahlt werden müssen. — Ueber die stattgefundenen Tarifverhandlungen berichtete ebenfalls Kollege Sahn. Seinem Bericht war zu entnehmen, daß einesteils für einige Branchen, Kammgarnspinnerei usw., die bestehenden Tarife bis 31. Januar 1921 verlängert wurden, während andere stillschweigend weiterlaufen und wegen Ablehnung einer angemessenen Erhöhung der Tariflöhne für Baumwolle, Teppich- usw. weberei seitens der Unternehmer die Forderung dem Schlichtungsausschuß überwiesen wurde. Der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und weiteren Verteuerungen mancher Lebensmittel entsprechend könnten sich die Unternehmer nicht der Notwendigkeit auf die Dauer verschließen, weitere Lohnerhöhungen auf der ganzen Linie eintreten zu lassen, wenn die Arbeiterklasse nicht notgedrungen radikalere Mittel zur Anwendung bringen soll. — Diesem Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion im Sinne weiterer Lohnerhöhungsforderungen an. Im Hinblick der schon seit Wochen gewünschten Beschäftigungsbeiträge wurde ein weiterer Antrag angenommen, welcher verlangt, daß die Gausleitungen die dahingehenden Verhandlungen mit den Unternehmern beschleunigen oder fortlaufende Teuerungszulagen für die Zeit bis zur Neuveräußerung der Lohnsätze fordern sollten. — In weiterer Folge referierte Kollege Schmidt über verschiedene Erfahrungen mit den Betriebsräten; es herrsche noch sehr viel Unklarheit über die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit. Diese Neuerung — führte er aus — würde sich noch durchbringen, trotz dem Widerstand der Unternehmer und einem Teil der Arbeiterklasse. Die Gründe des Widerstandes seien natürlich ganz verschiedener Art. Die größtmögliche Produktivität zu erreichen und die gegenwärtig sehr notwendige Spargung an Kohle bedingte es, die Arbeitszeit möglichst zusammenzudrängen und auch die Zahl der Betriebe zu verringern, um die Rentabilität der Produktion im allgemeinen zu steigern. — Eine rege Aussprache folgte über das Für und Wider der durchgehenden Arbeitszeit ein. Mehrere Redner konnten sich der Neuerung verständigerweise nicht verschließen. Auch war die Ansicht vorherrschend, daß die Beschäftigung der Betriebsräte am Orte auch durchgeführt werden müßten. Es würde zunächst keine Arbeitszeit genehmigt werden, die über 8 Stunden pro Tag hinausgeht, um etwa an Sonntagen etwas zu sparen. Im übrigen dürfe die 46stündige Arbeitswoche nicht überschritten, wohl aber, durch etwaige Pausen für Jugendliche, noch etwas verringert werden.

Stollberg-Jahnsdorf. Die Firma Max Wundler in Stollberg hat die ganze Belegschaft entlassen, ohne sich um die solcher Maßnahme entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen zu kümmern. Ueber die Behandlung der Arbeiterklasse im Betriebe war zu klagen; Vater und Sohn weitesterten, wie es schien, miteinander, den Arbeitern und Arbeiterinnen Beweise ihrer Bildung — wie sie sie aufstießen — zu liefern. Wir werden die Firma an anderer Stelle klammern, welche Verpflichtungen sie der Arbeiterklasse gegenüber hat.

Wüstewaldersdorf i. Schles. Was die hiesige Textilarbeiterklasse schon seit Wochen bemerkt, das zeigte mit aller Deutlichkeit am Montag, den 11. Oktober, der überfüllte Saal im „Gasthaus zur Brauerei“. Kollege Fritzsche-Wüstegiersdorf gab den Bericht von den Tarifverhandlungen der beiderseitigen Organisationen in Reichenbach. Redner beleuchtete den Charakter dieser Verhandlungen, der, was das Verhalten der Arbeitgeberorganisation anlangte, einem Kuhhandel gleiche. Wenn nun eine Lohnzulage von 60 Pf. pro Stunde erzielt worden ist, so dürfte dies auch von der Arbeiterklasse mit Befriedigung anerkannt werden. Andererseits spielt dies bei dem heutigen Dalatstand keine Rolle. Bei dem Auslandsgeschäft befinden die Unternehmer noch ungeheure Gewinne ein. Wenn aber von dieser Stelle aus der schlechteste Arbeiter immer als nicht so arbeitsfreudig ausgepielt wird, so konnte Kollege Fritzsche, daß er ganz gegenteiliger Meinung sei. Es sei aber auch bescheiden genug, daß der schlechteste Textilarbeiter immer nur mit Hungerlöhnen abgepielt wurde, damit dieser sich nie emporkommen konnte. Das „Weberdrama im Erlengebirge“ spricht genug dafür. (D. V.) Stürmischer Beifall folgte den trefflichen Ausführungen. In der Diskussion unterstrich Kollege Böderich-Wüstegiersdorf die Ausführungen des Vorredners. Böderich stellte diese weitere Errungenschaft als einen schönen Erfolg des Deutschen Textilarbeiterverbandes hin. Die Vertreter der christlichen Organisation haben bei dieser Aktion nichts unternommen, obwohl es auch ihnen bekannt sein dürfte, daß die Aktiengesellschaften der Textilindustrie bis 60 Proz. Dividende verteilen können. — Nachdem Kollege Böderich noch einen Bericht vom Betriebsratengreß, Reicher Beifall lohnte auch seine interessanten Ausführungen. Kollege Fritzsche streifte hierauf die „Bogelstrauchpolizei“ der Unternehmer zu dem Betriebsratengreß. Diese halten sich jetzt „Schindzi“, um die Betriebsräte herauszufeln. Interessant war es, von dem einen Unternehmer in einer Betriebsversammlung zu hören: „67 Jahre besteht diese Firma, noch nie ist die Harmonie so schwer erschüttert worden. Ich werde dieses ersten Streiks — in der Rapp-Wulsch-Woche — noch in meiner Sterbestunde gedenken.“ Nun soll wohl ein Rechtsbeistand diese Harmonie wieder festigen? Ein solcher wohnte auch den Lohnverhandlungen in Reichenbach bei. Aber der bekannte schonbribrige Ton habe gezeigt, daß ein „Jurist“ von den Lebensbedürfnissen einer Arbeiterfamilie nichts versteht. Unsere Vertreter haben ihm dies auch deutlich genug zu verstehen gegeben.

Literatur.

Die neue Steuerfestschreibung. Ratgeber für Arbeitnehmer, Beamte, Handwerker. Von Walter Vöck. Preis 450 Mk. Union-Druckerei und Verlagsanstalt G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung „Volkstimme“, Frankfurt a. M.

Für die Dritte Internationale. Die U. S. P. am Scheidewege. Im Verlag des „Arbeiterrat“, Berlin, Mühlstr. 24 III, ist zum Preise von 150 Mk. eine Broschüre von Kurt Geher erschienen, die Beiträge von Walter Stöcker und Paul Hennig sowie ein Vorwort von Ernst Däumig enthält.

M. Reimow: „Die Soziologie des Bolschewismus.“ (Verlags-gesellschaft „Freiheit“, Berlin.) 32 Seiten. Preis 3 Mk.

Der Verfasser dieser Schrift ist Sozialwissenschaftler und steht seit nahezu zwei Jahrzehnten der russischen sozialistischen Bewegung nahe. Die keine, aber geachtete Schrift behandelt das Problem des Bolschewismus von einem in unserer Literatur völlig neuen Gesichtspunkt. Sie bietet eine soziologische Analyse, die außerordentlich präzise und konsequent durchgeführt, zu folgendem Ergebnis gelangt: Der Bolschewismus ist die psychische Art der russischen dritthändlerischen Intellektuellenschicht und als solche eine durchaus nationalspezifische Erscheinung. Die sozialpolitische Unruhe aller fortschrittlichen Gesellschaftsklassen Russlands brachte vorübergehend die klassenlose intelligentsch-dritthändlerische Volkspartei zur Macht, deren objektiv historische Aufgabe es war, durch das Schaffen eines unabhängigen besitzenden Bauerntums die ländlichen Wirtschaftsverhältnisse des großen Agrarlandes zu bourgeoisieren. Die sich „Dritte Internationale“ nennende Weltinternationale des Bolschewismus weist dieselben angeführten Momente auf, die ihren Urheber kennzeichnen.

Die Wahrheit über Rußland Die Auseinandersetzung nach Sowjet-Rußland und das Orkat der Dritten Internationale (Mitteilungen der deutschen U. S. P.-Moskau-Delegierten und anderer Zeugen

von A. Franke.) Herausgegeben von „Aufbau und Werden“, Gesellschaft für praktische Volksaufklärung, Berlin W. 57. Der „Firn“-Verlag, Berlin W. 57. Preis 1,50 Mk. und 20 Proz. Verlagssteuerzuschlag.

Briefkasten.

H. A. N. Für diese Leute gibt es weiter keine Beschränkung wie für andere.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 31. Oktober, ist der
44. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche Arbeitslosenzählung.
Sonntag, 30. Oktober, Stichtag für die Oktoberzählung. Die graue Karte ist an diesem Tage auszufüllen und sofort an die Zentrale einzusenden. In der Rubrik Nr. 5 müssen die Arbeitslosentage für männliche und weibliche Mitglieder getrennt aufgeführt werden.
Der Vorstand.

Adressenänderungen.
Gau Hannover. Delmenhorst. Tel.-Nr. 463. Hameln. K: August Petersein, Sprengerstr. 25 I. Begefa. V: Johann Rupp, Blumenthal i. S., Bodhornweg 87. Gau Cassel. Apolda. V: K: Karl Blag, Geschäftsführer, Heidenberg 20 pt. Sondershausen. (Neu.) V: Friedrich Gudenburg, Webra bei Sondershausen, Beerstr. 2. K: Christoph Hochheim, Sondershausen, Markt 1. Gau Düsseldorf. M. Gladbach. Das Bureau befindet sich Königstr. 18. Gau Stuttgart. Grengach ist mit der Filiale Lörrach verschmolzen. Kirchheim u. Teck. Der Kassierer und Geschäftsführer ist zu streichen. Alle Sendungen vorläufig an den Vorsitzenden H. Schindler, Lindorfer Str. 56. Lomersheim. V: C. Hof, Dürrmensch, Gathhof zum Karpfen. K: Wilhelm Scheib, Lomersheim, Post Mühlacker. Singen. V: A. Heisch, Marienstr. 4. Gau Augsburg. Ah und J. I. er-tissen sind mit der Filiale Ulm (Gau Stuttgart) verschmolzen. Nürth. V: Hans Böhl, Voggenstr. 14. Gundelfingen. V: Dominikus Vanberger, Hauptstr. 373. Gau Oera. Stadtilm ist eingegangen. Gau Dresden. Hohenstein. V: Max Bauer, Bismarckstraße 14. Plauen. Der Vorsitzende ist zu streichen. Gau Bregenz. Friedeburg a. Queis. K: Frau Emma Ulrich, Röhrsdorf (Grfl.) bei Friedeburg a. Queis, Nr. 48. Gau Berlin. Callies ist eingegangen. Marienwerder. K: Gertrud Temp, Schmalestr. 1a. Vetschau. K: Franz Siegel, Schöneberg bei Vetschau, Spreewaldstr. 25.

Ortsverwaltungen.
Neumünster. Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Marie Veyreuth, geb. am 11. September 1869 in Sadres (Ostpr.), eingetreten in Neumünster am 4. September 1919, ist angeblich verlorengegangen. Bei etwaigem Austausch bitten wir dasselbe einzuziehen. D. O. Dypala. Am Ende des nächsten Monats haben die meisten Kollegen und Kolleginnen ihre einjährige Mitgliedschaft erreicht. Sie wollen schon jetzt ihre Mitgliedsarten zum Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch der Ortsverwaltung einpenden.

Der Ortskassierer.
Weilberstadt. Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Anna Braun, geb. am 11. September 1903, eingetreten in den Verband am 6. Januar 1919 in Weilberstadt, O.-Amt Bernberg, Würt., Buch Nr. 895 229, ist verlorengegangen. Bei etwa-

gem Austausch wolle man es einziehen. Die Ortsverwaltung.

Cotenliste.

Geftortene Mitglieder.

- Apolda. Paul Krause, Rajchler, 31 J., Gehirnentzündung.
- Möfeld. Johannes Schmalbach, Altenburg, 65 J., Lungenentzündung.
- Augsburg. Wenzel Buric, Carderiemester, 63 J., Arterienverkräftung.
- Berga (Ostpr.). Selma Jährüder, Kassiererin, 47 J., Wulsturg.
- Ventheim. Johann Zimmert, Weber, 31 J., Lungenbluten.
- Bunzlau. Pauline Kubndorf, 50 J., Burgsteinfurt. Wilhelm Adeling, Deler, 71 J., Altersschwäche.
- Greiz. Herm. Günther, Weber, Döbau, 53 J., Kehlkopfleiden.
- Mühlau-Reschflau. Elise Köchel, Weberin, 23 J., Emil Gumbold, Weber, 51 J., Robert Lent, Spinnere, 63 J., Ernst Petermann, Weber, 52 J.
- Esnaabrid. Friedrich Schulz, Weber, 42 J., Magenkrebs.
- Reichenbach i. B. August Singer, Färbereiarbeiter, 65 J., Grippe. Minna Dreffel, Spinnereiarbeiterin, 27 J., Champiaria. Martha Schwarz, 25 J., Lungen tuberkulose. Paul Wolf, Appreturarbeiter, 42 J., Rheumatismus (Kriegsfolge).
- Selzgritter. Frida Falkenau, 19 J., Magenkrebs.
- Spremsberg. Anna Pötk, Weberin, 42 J., Gehirngefäßwäre.
- Schneeberg. Franz Ebert, Maschinensieder, Neustädte, 55 J., Leberkrebs.
- Schweig. Kathi Schmid, 21 J., Lungen tuberkulose.
- Schweidnitz. Stephan Hermann, Lungenleiden. Heinrich Schöffler, Unglücksfall.
- Thalheim u. Umg. Erich Rudolf, 22 J., Lungenleiden.
- Unterlauchringen i. Bad. Hilba Wendelstiebs.
- Wittfod. Fritz Köfker, Färbereiarbeiter, 22 J., Unglücksfall.
- Wolfsbittel. Gustav Straub, Arbeiter, 50 J., Tuberkulose.
- Wüstegiersdorf. Berta Bernhard, 65 J., Grippe.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

- Berlin. Konf. u. Sticker. Freitag, 5. Nov., abends 6 Uhr, bei Elise, Wallstr. 32.
- Berlin. Dekature, Preffer, Seidenbandpreffer. Sonnabend, 6. November, bei A. Schulz, Stallschreiberstr. 39.
- Brieg. Sonnabend, 30. Okt., mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftslokal.
- Freiberg. Dienstag, 2. Nov., in der „Union“, Berthelsdorfer Straße.
- Fulda. Sonnabend, 6. Nov., nachmittags 2 Uhr, im Bürgerhaus, Ramsoffstr. 47.
- Halberstadt. Mittwoch, 10. Nov., im „Anker“.
- Hildesheim. Sonnabend, 6. November, abends 6 Uhr, bei v. Pohlheim.
- Kusel. Sonntag, 7. Nov.
- Leobschütz. Sonnabend, 6. Nov.
- München. Sonntag, 7. Nov., in „Schützenlust“.
- Reutstadt a. Orla. Freitag, 5. November, abends 8 Uhr, im „Waldschloßchen“.
- Schrik. Dienstag, 9. Nov., abends 7 1/2 Uhr, in Hennias Restaurant.
- Böhmed. Freitag, 5. Nov.
- Nahweim. Donnerstag, 4. Nov., in Bayers Restaurant, Schützenstraße.
- Weiba. Sonnabend, 6. Nov., in der „Turmshänke“.
- Wittfod a. d. Doffe. Dienstag, 2. Nov., abends 7 1/2 Uhr, bei Böbermann, Brißwalder Vorst.

Den Kolleginnen Emma Neugebauer und Martha Faber die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung. Die Kolleginnen und Kolleginnen der Ortsverwaltung Grimma.

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 30. Oktober. Verlag: Karl Gählich in Falkenberg-Alt-Glenide. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreißl in Berlin für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.